

Courrier au BMS



Werbebeilagen in der SÄZ

Stellungnahme des Präsidenten des Verwaltungsrates EMH zu zwei Leserbriefen

Sehr geehrter Herr Kollege Stamm
Sehr geehrter Herr Kollege Steinbrecher
Besten Dank für Ihre Leserbriefe [1, 2] und den darin geäusserten Unmut über voluminöse Werbebeilagen zum Aussand von Schweizerischer Ärztezeitung und Schweizerischem Medizin Forum. Um Porto zu sparen, bemühen wir uns, unsere Versände zu bündeln, daher bringt die Post alles in einer Hülle.
Ich darf Ihnen aber versichern, dass es sich beim diskutierten Jahresbericht der Hirslandengruppe nicht um eine politisch motivierte Bevorzugung, sondern um eine bezahlte Werbebeilage gehandelt hat, wie sie auch für andere Interessierte möglich ist. Wir lehnen, was immer wieder vorkommt, Inserate nur ab, die für Genussmittel werben, unsittlich sind oder den Interessen der Schweizerischen Ärzteschaft zuwiderlaufen. Natürlich wäre es schön, mit einem geringeren Inserateanteil in unseren Produkten auszukommen. Doch, wie in dieser Zeitschrift schon mehrfach diskutiert wurde, sind Produktion, Versand und elektronische Bereitstellung der offiziellen Organe der FMH zu einem überwiegenden Anteil von Inserateinnahmen abhängig. Wir müssen uns bisher fast ausschliesslich fremd finanzieren. Ich bin Ihnen daher sehr dankbar, wenn Sie die aktuellen Bemühungen innerhalb der FMH um neue Finanzierungswege der offiziellen Organe mit Verständnis unterstützen.

Mit freundlichen Grüssen

*PD Dr. med. Ludwig T. Heuss,
Präsident des Verwaltungsrates,
Schweizerischer Ärzteverlag EMH*

- 1 Stamm, JP. Envois hebdomadaires de la FMH: Halte au gaspillage. Schweiz Ärztezeitung. 2010;91(42):1649.
- 2 Steinbrecher M. Jahresbericht Hirslanden. Schweiz Ärztezeitung. 2010;91(42):1649–50.



Meinung der Basis aktiv suchen

Zur Replik von Dr. J. de Haller an Dr. B. Sorg [1]

Die Replik unseres Präsidenten ist von bedrückender Dürftigkeit. Der wohl nicht grundlos grossen Skepsis der Ärzteschaft damit zu begegnen, dass die demokratische Auseinandersetzung mit dem Projekt Managed Care formaljuristisch korrekt durch die FMH-Apparatschiks ausgeschaltet wurde, ist wohl keine ernst zu nehmende Argumentation. Wenn aber statt Argumente Formalismen bemüht werden müssen, braucht über das Projekt in der Tat nicht weiter diskutiert zu werden: Es wird sowieso Schiffbruch erleiden.
Auch ich gebe meiner Überzeugung Ausdruck, nämlich dass in einer Demokratie nicht die statutarischen Instanzen zentral sind – also nicht der Präsident – sondern dass sich die Instanzen zum Wohl ihrer Basis einzusetzen haben. Vielleicht arbeitet der FMH-Präsident mit Überzeugung und Integrität an seiner Vision des Gesundheitssystems; es sei ihm unbenommen, dies als Privatperson zu tun. Als Präsident der FMH hat er aber die Interessen der Ärzteschaft zu vertreten. Wenn ihm zur Kenntnis gebracht wird, vielleicht eine nicht repräsentative Auffassung zu vertreten – egal was ihm seine Repräsentanten zuflüstern mögen –, so hat er die Meinung der Basis *aktiv* z. B. in einer Urabstimmung zu suchen. Eventuelle Statuten sind dann irrelevant, sie können bei Aufrichtigkeit immer für und nicht gegen die Basis ausgelegt werden.

Dr. med. Pierre de Viragh, Zürich

- 1 De Haller J. Antwort. Schweiz Ärztezeitung. 2010;91(41):1604.



Tiers payant macht Sinn

Zum Artikel «Vom Sinn und Unsinn eines flächendeckenden Tiers payant in der Schweiz» [1]

Über 4000 KollegInnen senden ihre Rechnungen elektronisch via MediData an die

Versicherungen (sog. MediPort-Transfer). Ist dies wirklich standespolitisch zu verwehren oder stecken geschäftspolitische Interessen der TrustCenter hinter der Bevormundung, welche verhindert, dass meine elektronischen Tiers-payant-Rechnungen vom TrustCenter kostenlos via MediData an die Versicherer weitergeleitet werden? Wird die stark wachsende Zahl der MediData-Teilnehmer nicht unfair marginalisiert, wenn die Delegiertenversammlung der FMH der MediData ein Werbeverbot in der SÄZ auferlegt (Pressefreiheit)? Ich rechne seit mehr als vier Jahren im Tiers payant über MediData ab: das Erfolgsmodell für meine Praxis! Inkassoprobleme gibt es in Kantonen, in denen die Gemeinden Anfang Jahr ausstehende Prämien des Vorjahres decken (z.B. Kt. BE) gar keine mehr. Mein Zeitaufwand und die Kosten für Mahnungen, Porto- und Postcheckkosten sind auf ein Minimum gesunken. Ich habe das Klagen um die Abrechnungsproblematik satt und die Zeichen der Zeit erkannt: Laut Umfragen sprechen sich 85% der PatientInnen für den Tiers payant aus. Und im Unfallversicherungsbereich rechnen wir alle schweizweit und flächendeckend seit langem im Tiers payant ab. Es macht Sinn!

Dr. med. Daniel Brügger, Laupen

- 1 Stoffel U. Vom Sinn und Unsinn eines flächendeckenden Tiers payant in der Schweiz. Schweiz Ärztezeitung. 2010;91(41):1602–3.



Schwangerschaftsabbruch: das Rad der Zeit zurückdrehen?

Vor acht Jahren wurde die Schwangerschaftsunterbrechung mit der Fristenlösung gesetzlich geregelt. Jetzt haben die Gegner dieser Fristenlösung am 18. September in Zürich auf dem Helvetiaplatz demonstriert.
Die Gegner der Fristenlösung haben auch eine neue Initiative lanciert, mit dem Titel «Abtreibungs-Finanzierung ist Privatsache». Dieses Volksbegehren fordert, dass eine Unterbrechung der Schwangerschaft nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden soll. Im Initiativkomitee sind erstaunlicherweise auch Leute, die auf unrühmliche Weise als Verfasser sexistischer Texte, durch rassisti-

sche Aussagen oder sogar Kloakendichterei bekannt geworden sind.

Im Grunde genommen geht es den Leuten, die jetzt wollen, dass eine Unterbrechung der Schwangerschaft nicht mehr von der Krankenkasse übernommen werden soll, darum, den Schwangerschaftsabbruch überhaupt zu verbieten, wie es die Katholische Kirche auch ihren Anhängerinnen verbietet. Sie wollen

das Rad der Geschichte zurückdrehen, in die Zeit, als Engelmacherinnen die Kinder im Mutterleib «wegmachten». Viele Mütter starben damals nach der Behandlung durch diese Kurfuscherinnen.

Schon vor 80 Jahren kämpfte die Zürcher Ärztin Paulette Bruppacher gemeinsam mit ihrem Ehemann Fritz Bruppacher, der ebenfalls Arzt war, für *Sexualaufklärung*, für den

Schwangerschaftsunterbruch aus medizinischen, wirtschaftlichen und sozialen Gründen. Sie forderte schon damals Kindergeld, Kinderkrippen, Mutterschaftsurlaub und die Finanzierung von Verhütungsmitteln durch die Krankenkasse (siehe auch Paulette Bruppacher, *Meine Patientinnen*, 1953).

Heinrich Frei, Zürich